INHALT

SÜDOSTEUROPA

Maria Cheresheva

3 Politische Krise und Gesundheitskatastrophe in Bulgarien

Vladislav Atanassov

5 Do ut des? Borisov und die Bulgarische Orthodoxe Kirche im Wahlkampf

Robert Pichler

7 Religiöse Erneuerung: Islam bei den Albanern Nordmakedoniens

Natalija Zenger

11 Durchbrochenes Schweigen: #MeToo in Serbien

Milica Bogdanović

14 Zielscheibe von Hass: Online-Gewalt gegenüber Frauen in Montenegro

Stefan Kube

16 Auf Konfrontationskurs: Kirche und politische Akteure in Montenegro

Ioannis Zelepos

19 Die orthodoxe Kirche im griechischen Unabhängigkeitskrieg von 1821

Alexandros Sakellariou

22 Eine fast unendliche Geschichte: Der Moscheebau von Athen

BELARUS

Anna Nötzel

25 Unter zunehmendem Druck: Christen und Kirchen in Belarus

PROJEKTBERICHT

Regula Spalinger, Elena Rydalevskaja

Straßensozialarbeit und Suchttherapie in Corona-Zeiten

BUCHBESPRECHUNGEN

Cyrill Stieger

30 Die Macht des Ethnischen

Thomas Grob, Anna Hodel, Jan Miluška (Hg.) **Geschichtete Identitäten**

Kateřina Králová, Marija Vulesica, Giorgos Antoniou (eds.)

31 Jewish Life in Southeast Europe

Kerstin S. Jobst

Geschichte der Krim

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W, Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.



Liebe Leserin Lieber Leser

Bulgarien hat am 14. November zum dritten Mal in diesem Jahr ein neues Parlament gewählt. Der Wahlmarathon ist Ausdruck einer politischen Krise, die im Sommer 2020 mit massiven Protesten gegen die langjährige Borisov-Regierung begann und durch die Corona-Pandemie noch verschärft wurde. Das zögerliche Vorgehen der (Übergangs-)Regierungen hat die dramatische Gesundheitslage verschlimmert, wie Maria Cheresheva ausführt. Auf die uneindeutige Haltung der Bulgarischen Orthodoxen Kirche im Wahlkampf geht Vladislav Atanassov ein: Der ehemalige Ministerpräsident Bojko Borisov warb mit Verweis auf staatliche Gelder, die die Kirche ihm zu verdanken habe, offensiv um kirchliche Unterstützung. Während einige Bischöfe Borisovs Engagement für die Kirche lobten, ist die Kirchenleitung um eine neutrale Position bemüht.

Turbulenten politischen Zeiten blickt auch Bulgariens Nachbarland Nordmakedonien entgegen. Ministerpräsident Zoran Zaev konnte zwar mit dem Prespa-Abkommen 2018 den jahrzehntelangen Streit um den Landesnamen mit Griechenland beenden, doch blockiert nun Bulgarien wegen vermeintlich historischer Streitfragen EU-Aufnahmegespräche mit Nordmakedonien. Dies ist mit ein Grund, warum Zaevs sozialdemokratische Partei bei den Kommunalwahlen Ende Oktober massiv an Unterstützung verlor, und Zaev zunächst seinen Rücktritt ankündigte. Mit Verweis auf die politische Krise im Land will er jetzt jedoch vorerst weiterhin im Amt bleiben.

Am 2. November jährte sich das Attentat in Wien mit mehreren Toten zum ersten Mal. Kurz nach der Tat wurde bekannt, dass der islamistische Täter aus einer albanischen Familie aus Nordmakedonien stammte. In der albanischen Gemeinschaft in Westeuropa löste diese Tatsache einige Aufregung aus, weil sie dem Selbstbild der religiösen Toleranz widerspricht, wie Robert Pichler in seinem Beitrag erklärt. Tatsächlich habe aber der Islam seit dem Zerfall Jugoslawiens bei der albanischen Bevölkerung Nordmakedoniens an Bedeutung gewonnen.

Die weiteren Beiträge nehmen aktuelle gesellschaftliche und religiöse Entwicklungen in anderen Ländern Südosteuropas in den Blick. So hat in Serbien Anfang dieses Jahres die #MeToo-Bewegung an Schwung gewonnen, während in Montenegro Gewalt gegen Frauen im digitalen Raum ein ernstes Problem ist. Griechenland feiert dieses Jahr das 200-Jahr-Jubiläum des Unabhängigkeitskriegs, in dem die Griechische Orthodoxe Kirche eine wichtige Rolle für sich reklamiert. Vor einem Jahr wurde zudem nach vielen Widerständen die erste offizielle Moschee in Athen eröffnet. In Montenegro dauern unterdessen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden konkurrierenden orthodoxen Kirchen und den verschiedenen politischen Akteuren an.

Natalia Zenger